



Protokoll 173. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Dezember 2021, 14.00 Uhr bis 16.33 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Simon Diggelmann (SP), Dr. Mathias Egloff (SP),
Dr. Michael Graff (AL), Sofia Karakostas (SP), Guy Krayenbühl (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/425](#) Eintritt von Margrit Zopfi (SVP) anstelle der zurückgetretenen Maria del Carmen Señorán (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
3. [2018/226](#) Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Harald Tappeiner (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
4. [2020/111](#) SK FD, Wahl eines Vizepräsidiums anstelle der zurückgetretenen Maria del Carmen Señorán (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022
9. [2021/367](#) Weisung vom 15.09.2021: FV
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2022–2025
10. [2021/458](#) A Postulat der SVP-Fraktion vom 24.11.2021: FV
Vorlage eines Finanz- und Aufgabenplans (FAP) ohne Aufwandüberschüsse in den Planjahren auf der Grundlage einer Leistungsüberprüfung in allen Departementen
11. [2021/463](#) E Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Cathrine Pauli (FDP) vom VHB
24.11.2021:
Senkung des Büroflächenbedarfs und der Anzahl Büroarbeitsplätze in den Dienstabteilungen

12. [2021/368](#) Weisung vom 15.09.2021: FV
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets)

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

- 4697. 2021/425**
Eintritt von Margrit Zopfi (SVP) anstelle der zurückgetretenen Maria del Carmen Señorán (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 17. November 2021 anstelle von Maria del Carmen Señorán (SVP 1+2) mit Wirkung ab 3. Dezember 2021 für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 als gewählt erklärt:

Margrit Zopfi (SVP 1+2), Übersetzerin/Reiseleiterin (pensioniert), geboren am 19. Juni 1950, von Glarus Süd/GL, Korneliusstrasse 3, 8008 Zürich

- 4698. 2018/226**
Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Harald Tappeiner (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

Es wird gewählt:

Olga Honegger (GLP)
Chorgasse 11, 8001 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission und die Gewählte sowie amtliche Publikation am 15. Dezember 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4699. 2020/111
SK FD, Wahl eines Vizepräsidiums anstelle der zurückgetretenen Maria del Carmen Señorán (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird mit Wirkung ab 8. Dezember 2021 gewählt:

Martin Götzl (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

4700. 2021/367
Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2022–2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2022–2025 wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Felix Moser (Grüne)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4701/2021–4706/2021)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4701. 2021/490
Erklärung der SP-Fraktion vom 08.12.2021:
Budget 2022 und FAP 2022–2025

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Wohnen, Pflege, Gewerbe: Die Zeit zum Handeln ist jetzt!

Die Coronakrise hat das Leben in Zürich stark geprägt. Viele Menschen leiden unter der Pandemie – in erster Linie die direkt betroffenen Patientinnen und Patienten, aber auch das Pflegepersonal und viele Gewerbetreibende. Sie alle sind auf eine starke, solidarische und handlungsfähige Stadt angewiesen.

Die Stadt Zürich steht finanziell nach wie vor sehr gut da. In den letzten Jahren konnten wir ein Eigenkapital von weit über einer Milliarde Franken ansparen; allein in den letzten fünf Jahren erzielte die Stadt Überschüsse von insgesamt fast 700 Mio. Franken. Für wann haben wir dieses Eigenkapital angespart, wenn nicht für Zeiten wie jetzt in der Coronakrise?

Wenn wir nach der Pandemie dort weitermachen können, wo wir vor der Pandemie standen, so bleibt Zürich finanziell kerngesund. Verheerend wäre hingegen ein Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, höheren Sozialhilfekosten und tieferen Steuereinnahmen. Für die SP ist deshalb klar: Das Gewerbe muss weiterhin unterstützt werden, und die Stadt muss weiterhin in ihre Zukunft investieren.

Entlastung fürs Gewerbe

In diesem Sinne beantragt die SP auch für das Jahr 2022 einen Gebührenerlass für das Gewerbe. Das bringt für viele Betroffene – beispielsweise Taxifahrerinnen oder Wirte – eine wichtige Entlastung. Und es macht finanzpolitisch Sinn: Es kostet sehr viel weniger, eine Gebühr vorübergehend zu erlassen, als jährlich wiederkehrend für die Folgen von verlorenen Arbeitsplätzen zu bezahlen.

Unterstützung fürs Pflegepersonal

Das Pflegepersonal ist nach zahlreichen Corona-Wellen erschöpft und verlangt zu Recht bessere Arbeitsbedingungen. Wenn immer mehr Fachpersonal den Beruf verlässt, gefährdet das die Gesundheitsversorgung

unserer Stadt massiv. Deshalb will die SP das Pflegepersonal mit zusätzlichen Stellen entlasten, und zudem wollen wir den grossartigen Einsatz des Pflegepersonals mit einer Einmalzulage von bis zu 2'000 Franken angemessen wertschätzen.

Bei der Forderung nach zusätzlichem Personal anerkennt die SP, dass der Markt für Pflegefachpersonen ausgetrocknet ist. Deshalb beantragen wir dringend notwendige Stellen, um das Pflegefachpersonal zu unterstützen, wie beispielsweise durch Stationssekretariate oder Pflegeassistenzen – eine Forderung, die direkt vom Pflegepersonal kommt.

Bezahlbare Wohnungen

Unabhängig von der Pandemie braucht Zürich dringend mehr bezahlbare Wohnungen – besonders auch Alterswohnungen und Familienwohnungen: Wer heute in Zürich eine Wohnung sucht, muss für die Miete fast doppelt so viel bezahlen wie noch vor 20 Jahren. Die SP fordert deshalb, dass alle städtischen Wohnbau-Stiftungen – statt wie bisher nur die PWG – Abschreibungsbeiträge in Höhe von je 5 Mio. Franken erhalten, damit sie den dringend notwendigen Wohnraum schaffen können.

Derzeit sind rund 4'000 Menschen auf der Warteliste für eine der 2'000 Alterswohnungen der Stiftung SAW. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wer ein Leben lang in und für Zürich gearbeitet hat, soll nicht im Alter aus unserer Stadt verdrängt werden, weil sie oder er hier keine bezahlbare Wohnung mehr findet. Wir fordern deshalb ein rasches und entschiedenes Handeln. Mit einem Abschreibungsbeitrag von 5 Mio. Franken kann der Gemeinderat heute rund 100 zusätzliche Alterswohnungen ermöglichen. Diese Chance darf nicht verpasst werden.

Zürich braucht mehr bezahlbare Wohnungen, das Pflegepersonal braucht bessere Arbeitsbedingungen und das Gewerbe braucht eine finanzielle Entlastung.

Die Zeit zum Handeln ist jetzt: Lasst uns gemeinsam tun, was richtig und wichtig ist!

4702. 2021/491

Erklärung der FDP-Fraktion vom 08.12.2021: Budget 2022 und FAP 2022–2025

Namens der FDP-Fraktion verliest Cathrine Pauli (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Aufruf an SP, Grüne, AL und GLP zur Zusammenarbeit, denn die Herausforderungen für die Finanzen der Stadt Zürich sind gross.

Die COVID-19-Pandemie ist alles andere als ausgestanden. Ihre Auswirkungen auf unser Leben und unsere Wirtschaft sind nach wie vor unklar. Niemand weiss, ob und wie sich das Wachstum unserer Stadt weiterentwickeln wird. Niemand kann sagen, ob der Finanzplatz Zürich auch weiterhin so viel Geld anziehen wird. Zu diesen unmittelbaren Unsicherheiten zeigen sich weitere Gefahren: gelingt es uns, den Klimawandel zu bremsen, und wie steht es um unsere Energieversorgungssicherheit?

Die Stadt Zürich steht vor vielen grossen Projekten, die nicht nur für die FDP wichtig sind, sondern breit getragen werden. Diese ziehen aber grosse Investitionen nach sich und werden unsere Finanzen stark belasten. So brauchen wir dringend neue Schulhäuser. Wir müssen unser Versprechen einer flächendeckenden Tagesschule einlösen. Wir wollen die Stadt Zürich bis 2040 klimaneutral machen und den öffentlichen Verkehr zu einem Ring ausbauen, um unsere Mobilitätsbedürfnisse befriedigen zu können. Nicht zu vergessen sind die Investitionen in Wasserkraft sowie Solar- und Windenergie, wenn wir weiterhin Versorgungssicherheit haben wollen.

Das vorgelegte Budget 2022 und der Finanz- und Aufgabenplan bis 2025 zeigen durchgehende Defizite von jährlich ca. 200 Millionen Franken. Trotz steigender Steuereinnahmen schmilzt das Eigenkapital dahin. Das alles nicht etwa, weil die Stadt Zürich in ihre Zukunft investiert, sondern weil sie im Hier und Jetzt zu viel Geld ausgibt. Die Verwaltung wächst schneller als die Bevölkerung. Alles und jedes will umgesetzt sein. Geld wird in einen überhitzten Immobilienmarkt gepumpt und Erbgemeinschaften vergoldet.

Wenn das so weitergeht, riskiert Rot-Grün, dass der künftigen Generation ein Schuldenberg hinterlassen wird, der das Dreifache unserer Steuereinnahmen beträgt, ohne dass Zukunftsprojekte wie Tageschule, Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und leistungsfähiger öffentlicher Verkehr realisiert werden können. Ein solches Scheitern will die FDP nicht mitverantworten.

Mit unseren Budgetanträgen zeigen wir, dass man das Defizit mit einfachen Massnahmen und etwas Ausgabendisziplin um rund 104 Mio. Franken reduzieren kann, ohne dass irgendetwas Schaden nimmt. Mehr – im Sinne einer schwarzen Null – wäre problemlos möglich. Ja, eine Steuersenkung sogar in Reichweite. Dazu bräuchte es aber den Willen einer Mehrheit im Gemeinderat, gemeinsam zu diskutieren, auf welche Nice-to-Have wir in Zukunft verzichten wollen und wie wir unsere gemeinsamen Ziele priorisieren.

Wir haben daher im Vorfeld der Budgetdebatte die SP im direkten Gespräch und auch öffentlich aufgefordert, mit uns darüber in einen Dialog zu treten. – Niemand ist darauf eingetreten.

Vielmehr nehmen wir konsterniert zur Kenntnis, dass Rot-Grün Anträge für zusätzliche Mehraufwände von 61 Mio. Franken stellt. Enttäuscht – auf Grund der Erfahrungen in den letzten Jahren aber leider nicht überrascht – sind wir, dass die GLP nicht uns, sondern Rot-Grün folgt.

Die Wirtschaftsleistung unserer Stadt kann noch so gross sein, alles kann sie nicht finanzieren. Eine Priorisierung der Zukunftsprojekte ist notwendig. Diese allein brauchen schon sehr viel Geld. Geld, welches nicht vom Himmel fällt, sondern zuerst erwirtschaftet werden muss. Wenn sich Rot-Grün weiterhin mit der Wirtschaft schwertut, sich als Antipode und nicht als Teil unserer Gesellschaft versteht, dann werden wir über kurz oder lang die finanzielle Grundlage verlieren. Lassen wir es nicht so weit kommen!

4703. 2021/492

Erklärung der SVP-Fraktion vom 08.12.2021: Budget 2022 und FAP 2022–2025

Namens der SVP-Fraktion verliest Susanne Brunner (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Clean, aber bankrott: Abwärtstrend ohne Ausweg?

Vor einem Jahr warnte die SVP an dieser Stelle vor der Fahrt in die Fiskal-Hölle für die Stadtzürcher Steuerzahler. Unsere Warnung bestätigt sich, wenn wir das Budget 2022 und den Finanzplan 2022-2025 betrachten. Wir befinden uns in einer Defizitspirale. Die Zahlen sind unmissverständlich: 173 Millionen Franken Defizit mit dem Budget 2022 und in den drei folgenden Planjahren jeweils ein Minus von rund 200 Millionen Franken. Der Stadtrat plant, jährlich rund 200 Millionen Franken Eigenkapital zu verbrennen. Diesem Pfad folgend, wird im Jahr 2028 das ganze Eigenkapital von 1,5 Milliarden Franken weg sein. Soweit darf es natürlich nicht kommen, und aus diesem Grund werden die Steuern erhöht werden. Die Frage ist nicht mehr «ob», sondern nur noch «wann» und um «wie viel».

Wir halten fest: Die Finanzen sind der Spiegel der Aufgaben, welche ein Gemeinwesen erfüllt. Die Defizite und die baldige Steuererhöhung folgen nicht einem Naturgesetz, sie sind die Folge von politischen Entscheidungen. Mit anderen Worten: Der links-grüne Stadtrat plant willentlich und wissentlich eine Steuererhöhung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Zürich. Im Budget 2022 ist denn auch alles drin, was sich der links-grüne Stadtrat wünscht. Doch das ist nicht genug: Uns liegen Anträge vor, zum Beispiel für mehr Velo-Beauftragte, für mehr Schüler-Betreuer, für mehr Photovoltaik und für mehr staatliches Wohnen. Links-grüne Mehrheiten werden das Budget so noch verschlechtern. Der rot-grüne Stadtrat und von die rot-grüne Parlamentsmehrheit verlieren mit diesem Budget jegliches Mass. Denn was wir heute entscheiden, ist nicht mehr zu finanzieren. In kürzester Zeit werden das die Steuerzahler sehr, sehr teuer bezahlen. Der Steuerfuss wird im Jahr 2025 bei 124 oder 125 Prozent liegen. Denn mit zusätzlichen 5 bis 6 Steuerprozenten kann ein jährliches Defizit einnahmeseitig von rund 200 Millionen Franken auf rund 100 Millionen Franken halbiert werden. Damit ist die Defizitwirtschaft jedoch nicht behoben. Nur das Tempo, mit welchem die Stadt Zürich das Eigenkapital verbrennt, wird verlangsamt.

Doch nicht alle guten Steuerzahler werden diese masslose Politik mittragen. Sie werden mit den Füßen abstimmen, denn sie wollen Tempo 30 flächendeckend, Parkplatzabbau, masslosen Stellenausbau, Steuermillionen für Projekte, die übergeordnetes Recht verletzen, masslose Investitionen in staatlichen Wohnungsbau, explodierende Kosten für Tagesschule und Kinderbetreuung und Millionen-Investitionen für Klima-Netto-Null nicht mitfinanzieren. Netto-Null ist ein Fass ohne Boden: Der Stadtrat und die links-grüne Parlamentsmehrheit sind einem Netto-Null-Fetisch verfallen, der die Stadt CO2-clean, aber Bankrott machen wird.

In den letzten zwei Jahren war die Einwohnerzahl in der Stadt Zürich rückläufig oder sie stagnierte. Im Finanzplan rechnet die Stadt mit einem Zuwachs der Bevölkerung, mit einem Zuwachs an Steuereinnahmen bei den natürlichen und juristischen Personen, sowie mit steigenden Grundstückgewinnsteuern. Interessant ist dabei, dass der Stadtrat nicht mit einem Einbruch der Steuereinnahmen infolge Steuervorlage 17 und Corona-Pandemie rechnet. Falls dies eintreten würde, sähen die Zahlen nochmals schlechter aus. Alle Steuereinnahmen wachsen, doch die Defizite steigen an. Parallel dazu explodieren die Schulden: Das langfristige Fremdkapital steigt von 4,9 Milliarden Franken per 2020 auf 9,6 Milliarden im Jahr 2025. Dies zeigt: Wir können unsere Wünsche nicht mehr finanzieren.

Die Diagnose ist eindeutig, die Rezepte auch: Nur das Reduzieren der Ausgaben und das zeitliche Staffeln der Investitionen können die Defizitspirale und die Schuldenexplosion verhindern. Genau dies fordert die SVP. Wir legen den Ausweg aus der Defizit- und Schuldenspirale vor: Er besteht aus 2 Schritten: Erstens muss der Stadtrat ein neues Budget 2022 vorlegen, ohne Aufwandüberschuss. Dies verlangt die SVP mit dem Rückweisungsantrag zum Budget. Zweitens fordert die SVP, Ausgaben und Einnahmen in der Finanzplanung wieder in eine Balance zu bringen. Dazu soll der Stadtrat unverzüglich eine Leistungsüberprüfung vornehmen. In allen Departementen sollen Aufgaben priorisiert und eine Verzichtsplanung ausgearbeitet

werden. Investitionen müssen zeitlich gestaffelt werden. Die Bereiche Kinderbetreuung, Wohnen, und Netto-Null sind dabei prioritär anzugehen. Denn in diesen Bereichen sind die masslosen Kostenzuwächse und Investitionen vorgesehen.

Die Corona-Pandemie hat auch das Jahr 2021 geprägt. Die Pandemie belastet das Gewerbe, aber auch Arbeitnehmer und Selbständige. Wie das Jahr 2022 verlaufen wird, wissen wir nicht. Die SVP fordert darum, das Gewerbe zu entlasten: Die Gebühren sollen dauerhaft um 15 Prozent gesenkt werden.

Der Kampf gegen die Steuerfusserhöhung beginnt heute! Wir stehen vor den Wahlen, machen wir den Test: Parteien, welche Politik machen für die Arbeitnehmer, für die Selbständigen, für die Steuerzahler und für das Gewerbe, unterstützen unseren Rückweisungsantrag, das SVP-Begleitpostulat zum Finanzplan und die Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 Prozent. Wir laden alle Fraktionen ein, eine Allianz einzugehen für das Gewerbe, für die Steuerzahler und für eine Stadt Zürich mit gesunden Finanzen und einer blühenden Zukunft.

4704. 2021/493

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 08.12.2021: Budget 2022 und FAP 2022–2025

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

2022 ist erst der Anfang – die Klimakrise fordert uns alle heraus

Wir leben in schwierigen Zeiten: Die Pandemie geht bald ins dritte Jahr, die Klimakrise verschärft sich. Angesichts dieser Herausforderungen unterstützen wir Grüne das vom Stadtrat vorgelegte Budget mit einem Defizit von 173 Millionen und beantragen nur wenige Änderungen. Beim durch die Pandemie nach wie vor besonders stark geforderten Pflegepersonal braucht es einen besonderen Effort, zudem verlangen wir gezielte Massnahmen gegen den Klimawandel sowie für mehr Qualität in der Schule.

In zwei Monaten stehen die Erneuerungswahlen für Gemeinderat und Stadtrat an. Das weckt bei den Parteien Begehrlichkeiten. Wir Grüne glauben nicht, dass man mit Budget-Anträgen Wahlen gewinnen kann, und setzen unsere bisherige klare Linie fort. Wer heute das Budget zurückweist, hinterlässt in unsicheren Zeiten einen Scherbenhaufen. Wer Millionen einzig um des Kürzungswillens kürzt, betreibt Polemik auf dem Buckel der Allgemeinheit. Wir Grünen werden heute punktuell Verbesserungen am Budget vornehmen.

Das Pflegepersonal ist nach wie vor stark gefordert. Die Pandemie dauert an, die fünfte Welle kann stärker werden als alle bisherigen Ausbrüche. Die Bevölkerung hat mit dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative klar gezeigt, dass bessere Arbeitsbedingungen gefordert sind. Daher setzen wir uns für mehr Stellen und Entlastungen beim Pflegepersonal ein, und befürworten eine Einmalzulage für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der zweite grosse Schwerpunkt, der uns noch lange begleiten wird, ist der Kampf gegen die Klimakrise. Wir wollen Netto Null Treibhausgasemissionen so rasch wie möglich erreichen, die notwendigen Massnahmen sind klar. Da, wo es möglich ist, setzen wir Schwerpunkte: Ein rascherer Aufbau und Ausbau des Veloroutennetzes, mehr Bäume zur Hitzeminderung und mehr Photovoltaik auf den Zürcher Dächern. In den nächsten Jahren werden weitere hohe Investitionen fällig sein.

Die Grünen warnen seit 40 Jahren vor der Klimakrise. Die Politik hat bisher versagt. Jetzt, wo es zu spät ist, reift die Erkenntnis langsam bei allen. Die Kosten, die wir in all den vergangenen Jahren ignoriert haben, werden wir in den nächsten Jahren doppelt und dreifach bezahlen müssen. Dank der soliden grünen Finanzpolitik kann sich Zürich über einige Jahre aber hohe Ausgaben leisten.

Damit die gleichen Fehler nicht auch bei der Bildungspolitik geschehen, setzen wir uns in der Schule für mehr Qualität ein. Die Sparmassnahmen, wie sie vom Stadtrat vorgesehen sind, wären verheerend und würden sich später auswirken. Die Tagesschule muss von Anfang an mit genügend Mitteln ausgestattet werden, damit sie einen pädagogischen Mehrwert bieten kann. Eine Tagesschule light kommt für uns nicht in Frage.

Weiter setzen wir Grünen uns auch im Budget 2022 für die Stärkung der Grundrechte aller in der Stadt lebenden Menschen ein. Wir wollen keine Sozialinspektorinnen und Sozialinspektoren, die sozialhilfebedürftigen Menschen nachspionieren. Eine linke Stadt wäre gut beraten, dieses Geld in eine umfassendere Betreuung von Armutsbetroffenen zu stecken. Wir stellen darum den Antrag, das Sozialinspektorat zu streichen. Weiter wollen wir Grüne keine technische Aufrüstung bei Videoüberwachung und lehnen daher die geplante Ersatzbeschaffung ab.

Wir bezahlen heute für die Fehler der Vergangenheit. Jede Generation soll aber für die Kosten bezahlen, die sie auch verursacht. Im Budget und in den Zahlen der kommenden Jahre sind diese Kosten sichtbar. Für uns Grüne ist das richtig so: Wir müssen unsere Hausaufgaben jetzt machen und dürfen sie nicht den nachfolgenden Generationen überlassen.

4705. 2021/494**Erklärung der GLP-Fraktion vom 08.12.2021:
Budget 2022 und FAP 2022–2025**

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktions-
erklärung:

Minus 172'999'800 und keinen Rappen mehr

Der Stadtrat beantragt mit der aktuellen Budgetvorlage ein Defizit von rund 173 Millionen. Dies in einer unsicheren und herausfordernden Zeit, deshalb können die Grünliberalen mit dem vorgelegten Budget grundsätzlich leben. Es gibt aber einige Punkte, welche auch in diesem Kontext Fragen aufwerfen.

Erstens ist es fragwürdig, wenn, wie z.B. bei der Stadtpolizei, Stellen geschaffen werden, welche mit Anhäufung von Überzeit und Bevölkerungswachstum begründet werden. Auf Nachfragen zeigt sich dann aber, dass das Überzeitkonto, dank oder wegen Corona, gesunken ist und auch das Bevölkerungswachstum zurzeit nicht stattfindet. Allgemein lässt sich sagen, dass der Stadtrat es sich sehr leicht macht, wenn er einfach davon ausgeht, dass alles irgendwann wieder wie vor der Pandemie ist.

Aber die Diskussion zum Bevölkerungswachstum dient auch sehr gut als Beispiel dafür wo die Prioritäten des Stadtrats liegen. Erst als ein Teil der RPK, inkl. der GLP, bei Präsentation des Budgets die Planung mit dem nichtvorhandenen Bevölkerungswachstum hinterfragt hatte, hat der Stadtrat eine Armada von Statistiker*innen losgeschickt um das Gegenteil zu beweisen. Welch Überraschung; kurz vor Ende der Budgetberatung in der RPK präsentiert der Stadtrat stolz in einer Medienmitteilung sein Fazit daraus und der Gemeinderat muss dazu, wegen der laufenden Beratung, schweigen. Richtige Prioritäten setzen, sowie eine vorausschauende und fundierte Planung sehen anders aus.

Wie gesagt kann die GLP dieses ausserordentliche, hohe Defizit mittragen und wünscht sich in der aktuellen Situation nicht auch noch einen budgetloses Finanzlockdown für die Stadt. Deshalb lehnen wir die Rückweisung auch entschieden ab. Dies wäre, da wir nicht wissen wie sich Corona entwickelt, verheerend und würde den Handlungsspielraum des Stadtrats unnötig einschränken. Trotzdem sind die Grünliberalen nicht bereit die geplanten Verschlechterungen der Mehrheit des links-grünen Gemeinderats von mehr als 30 Millionen mitzutragen. Deshalb kann ich unser Verhalten in der Schlussabstimmung bereits jetzt wie folgt ankündigen:

Die GLP wird ein vom Gemeinderat weiter verschlechtertes Budget, welches in der laufenden Rechnung ein grösseres Defizit als das veranschlagte über 172'999'800 vorsieht, ablehnen. Die links-grüne Mehrheit, und insbesondere die 43er Fraktion, hat es also in den nächsten Stunden in der Hand, ob das Budget mit einer komfortablen Mehrheit angenommen wird oder nicht.

4706. 2021/495**Erklärung der AL-Fraktion vom 08.12.2021:
Budget 2022 und FAP 2022–2025**

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Anpassungen bei Schule, Pflege und Polizei – Budget-Defizit nicht aufblähen

Die AL verfolgt in der Budgetberatung vier Ziele:

1. Die Volksschule braucht mehr Mittel, damit die flächendeckende Einführung der Tagesschule ab 2023 erfolgreich umgesetzt werden kann. Deshalb beantragen wir, die Ressourcen für die flexibel in Unterricht und Betreuung einsetzbaren Schulassistenten auszubauen und die Reduktion der Mittel für die gebundenen Mittagessen in der Tagesschule zu stoppen. Die vom Schulvorstand favorisierte Tagesschule light lehnen wir ab.
2. Das in den Alters- und Pflegeheimen und den Stadtspitälern Waid und Triemli arbeitende Pflegepersonal ist wegen Zusatzschichten, Stress am Arbeitsplatz und fehlenden Regenerationszeiten am Anschlag. Um eine gute Pflege aufrecht zu erhalten braucht es mehr Personal. Deshalb wollen wir dem Stadtspital und den Gesundheitszentren die Mittel in die Hand geben, um Überzeiten abzubauen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
3. Der Stadtrat hat ein Programm zum Ausbau des Personalbestandes der Stadtpolizei bis 2030 um 150 Stellen beschlossen. Wir fordern, dass dieses Programm überprüft wird. Der scheidende Kommandant gibt selber zu, dass es in der Stadt Zürich eine sehr hohe Polizei- und Kontrolldichte gibt. Wir wissen,

dass die alte Logik, mehr Polizei führe automatisch zu mehr Sicherheit, grundfalsch ist. Das Geld ist in der Sicherung von sozialen Systemen besser investiert.

4. Der Stadtrat budgetiert ein Defizit von 173 Millionen Franken. Das sind 18 Millionen mehr als im letzten Jahr. Das - und auch etwas mehr - ist verkraftbar. Wir sollten aber Beschlüsse vermeiden, die zu einer Aufblähung des Budgets führen. Deshalb steht die AL immer wieder auf die Bremse. Wir tun dies, weil wir das Eigenkapital der Stadt Zürich dafür einsetzen wollen, die Zukunftsaufgaben der 2020er-Jahre zu finanzieren:
 - a) die dringend notwendigen Investitionen in den Klimaschutz,
 - b) bessere Arbeitsbedingungen für Care-Berufe,
 - c) die Einführung einer Tagesschule, die mehr Bildungsgerechtigkeit schafft.

4700. 2021/367

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2022–2025

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2022–2025 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2022–2025 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Dezember 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4707. 2021/458

Postulat der SVP-Fraktion vom 24.11.2021:

Vorlage eines Finanz- und Aufgabenplans (FAP) ohne Aufwandüberschüsse in den Planjahren auf der Grundlage einer Leistungsüberprüfung in allen Departementen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4648/2021).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 16 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4708. 2021/463

**Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Cathrine Pauli (FDP) vom 24.11.2021:
Senkung des Büroflächenbedarfs und der Anzahl Büroarbeitsplätze in den Dienstabteilungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Cathrine Pauli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4653/2021).

Dr. Florian Blättler (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Andreas Kirstein (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Büroflächenbedarf sowie die Anzahl der Büroarbeitsplätze in den Dienstabteilungen ~~zu~~ zu senken sind. Das heutige Desk Sharing Ratio (Verhältnis Arbeitsplatz zu Vollzeitstellen) soll im Rahmen eines Smart Working Konzeptes unter Einbezug der Personalverbände weiter verbessert und auf vergleichbare Grössenordnung wie andere Verwaltungen oder Grossbetriebe angepasst werden. Die Mindestempfehlung des Bundes ist anzustreben.

Flurin Capaul (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 76 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktegruppen-Globalbudgets)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.
b) Die Produktegruppen-Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, von Fr. 23 691 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2022 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2022 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2022, Vorlage des Stadtrats vom 15.09.2021
- Produktegruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 15.09.2021
- Novemberbrief vom 10.11.2021
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 29.11.2021
- Anträge der RPK vom 29.11.2021, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Felix Moser (Grüne)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4701/2021–4706/2021)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Budgetvorlage 2022 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat eine neue Budgetvorlage vorzulegen, die folgende Rahmenbedingungen einhält:

1. Reduktion der Ausgaben, so dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen wird.
2. Keine Erhöhung von Steuern, Gebühren, Abgaben und Bussen.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 174, Beschluss-Nr. 4709/2021).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4710. 2021/496

Motion der GLP-Fraktion vom 08.12.2021: Rahmenkredit zur Unterstützung von Unternehmen (auch Start-ups), die Negativemissionstechnologien (NET) anbieten

Von der GLP-Fraktion ist am 8. Dezember 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche einen Rahmenkredit von 4,5 Millionen Franken zur Unterstützung von Unternehmen (auch Start-ups) vorsieht, die Negativemissionstechnologien (NET) anbieten. Diese Technologien können sowohl natürliche als auch technische Ansätze umfassen. Die erzielten negativen Emissionen müssen den Klimaschutzzielen der Stadt anrechenbar sein.

Begründung:

Als Antwort auf die Motion aus dem Gemeinderat (GR Nr. 2019/106) hat der Stadtrat definiert, dass die direkten Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet bis ins Jahr 2040 auf Netto-Null gebracht werden sollen. Gemäss dem Grundlagenbericht «Netto-Null Treibhausgasemissionen Stadt Zürich» vom 15. Septem-

ber 2020 bedarf die Zielsetzung der Stadt Zürich einen forcierten Ausbau von F&E- (Forschung und Entwicklung) und Pilot-Anlagen für Negativemissionstechnologien (NET), welche die schwer oder nicht vermeidbaren Restemissionen im Jahr 2040 in der Bilanz auf Netto-Null ausgleichen sollen. Mit dem Rahmenkredit sollen Unternehmen, die NET anbieten weiter stimuliert werden. Der Stadtrat betont die Wichtigkeit der innovativen Clean- und Green-Tech-Szene in Zürich sowie die Wichtigkeit der Start-ups. Oft fehlten jedoch konkrete Anwendungsfälle für Test ihrer Produkte in der Realität. Hier soll die Stadt Hand bieten.

Es ist bekannt, dass NET nicht nur kommunal, sondern auch global für die Erreichung der Pariser Klimaziele unverzichtbar sind (IPCC Spezialbericht zum 1.5-Grad-Ziel, 2018). Mit den Klimazielen kompatible sozioökonomische Entwicklungspfade zeigen, dass der globale Sektor der NET im Jahr 2050 ungefähr eine halb so grosse jährliche Wirtschaftsleistung erbringen wird, wie es der fossile Markt im Jahr 1990 tat, was die Entwicklung eines beträchtlichen Wirtschaftssektors andeutet. Dies zeigt auf, dass ein grosses Potential in diesen Technologien besteht. Zürich soll sich als Wissens- und Wissenschaftsstandort dafür stark machen und eine Vorreiterrolle in dieser Technologie einnehmen. Von der Technologie profitieren wir vor Ort, tragen aber durch einen Wissenstransfer gleichzeitig zur globalen Verantwortung bei.

Am 27. Oktober 2021 überwies der Gemeinderat den Vorstoss 2020/321 «Rahmenkredit für Investitionsbeiträge und Fördermassnahmen an Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen» als Postulat. Der Stadtrat soll in diesem Zusammenhang den Rahmenkredit für NET festsetzen.

Mitteilung an den Stadtrat

4711. 2021/497

Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) vom 08.12.2021: Zusätzliche gedeckte Veloabstellplätze bei den Tram- und Bushaltestellen Bahnhof Oerlikon Ost

Von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) ist am 8. Dezember 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei den Tram-/Bushaltestellen Bahnhof Oerlikon Ost zusätzliche gedeckte Veloabstellplätze geschaffen werden können. Kurzfristig sollen solche als Zwischennutzung im Gebäude der ehemaligen Paketpost bzw. aktuell Lager Schutz und Rettung bereitgestellt werden.

Begründung:

Die Mehrheit der Veloabstellplätze im Bahnhof Oerlikon befinden sich auf der Westseite. Angegliedert an die Quartierverbindung befindet sich die gedeckte Veloabstellanlage. Diese ist bereits überlastet. Obwohl zusätzliche nicht witterungsgeschützte Abstellplätze geschaffen wurde kann der Bedarf nicht gedeckt werden. Das führt bereits wieder zu wilden Abstellungen von Velos.

Auf der Ostseite des Bahnhofes gibt es nur eine kleine gedeckte Abstellanlage. Deshalb gibt es auch dort eine wilde Abstellung von Velos. Mit der Umsetzung der Etappe 3b der Anbindung Ost fallen zusätzliche Flächen weg. Ausserdem wird die Nachfrage auf der Ostseite mit der Realisierung der Velovorzugsrouten noch massiv ansteigen.

Die einzige grössere verfügbare Fläche im Eigentum der Stadt steht im Gebäude der ehemaligen Paketpost, die heute als Lager von Schutz und Rettung dient, zur Verfügung. Dieses Gebäude ist geeignet für eine grössere definitive Veloabstellanlage, die ideal an die Velovorzugsrouten angeschlossen ist. Zudem sind die Fusswege zu den Tram-/Bushaltestellen und zur Personenunterführung Ost der SBB sehr kurz.

Das Gebäudevolumen wird durch die Veloabstellanlage nicht vollständig beansprucht, sodass auch noch andere Nutzungen möglich sind.

Das Lager für Schutz und Rettung wird mit der Realisierung der Wache Nord nicht mehr benötigt.

Damit bereits kurzfristig zusätzliche Veloabstellplätze geschaffen werden können, soll mit Schutz und Rettung verhandelt werden, um erste Teilflächen verfügbar zu machen.

Während der Baurealisierung der Etappe 3b wird der Platz für Velo längere Zeit stark reduziert.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4712. 2021/498

Schriftliche Anfrage von Barbara Wiesmann (SP) und Matthias Renggli (SP) vom 08.12.2021:

Zustellung von Werbung in die Briefkästen, Angaben betreffend die vorhandenen Werbeaufkleber, mögliche Papiereinsparung bei einem «opt-in»-System, Umsetzung eines solchen Systems auf kommunaler Ebene und weitere Optionen gegen die Werbeflut in den Briefkästen

Von Barbara Wiesmann (SP) und Matthias Renggli (SP) ist am 8. Dezember 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Schweiz darf Werbung nicht in Briefkästen geworfen werden, wenn ein Aufkleber «Keine Werbung» angebracht ist. Amsterdam hat 2018 das System der Verteilung der Werbung per Post zu einem «opt-in»-System eingeführt. Das heisst, wenn kein «Werbung OK»-Aufkleber am Briefkasten befestigt ist, darf keine Werbung eingeworfen werden. Dadurch ging in Amsterdam die Menge an Papierwerbung im folgenden Jahr um 50% zurück, was 33 kg pro Haushalt bzw. 1800 t insgesamt pro Jahr entspricht. Die Produktion von Papier ist mit dem Verbrauch von viel Energie und Wasser verbunden. Bei unerwünschter Werbung fällt die Produktion, der Versand und die Entsorgung an, welche zugunsten der Umwelt unterbleiben könnten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher Anteil der Briefkästen in Zürich haben einen «Keine Werbung»-Aufkleber, keine Kennzeichnung betreffend Werbung oder einen «Werbung OK»-Aufkleber?
2. Wieviel Papier könnte mit einem Wechsel zu einem «opt-in»-System eingespart werden?
3. Sieht der Stadtrat eine Notwendigkeit Massnahmen gegen die Werbeflut in den Briefkästen einzuleiten? Wenn nein, warum nicht?
4. Könnte ein Wechsel zu einem «opt-in»-System, d.h. Werbung darf nur eingeworfen werden, wenn ein «Werbung OK»-Aufkleber angebracht ist, auf kommunaler Ebene umgesetzt werden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie stellt sich der Stadtrat zur simplen Option, allen Haushalten zusammen mit einem anderen Versand – beispielsweise des Abfallkalenders – einen «Keine Werbung»-Aufkleber zusammen mit einem kurzen Informationsschreiben beizulegen?
6. Welche weiteren Optionen gibt es, um auf kommunaler Ebene gegen die Werbeflut in den Briefkästen vorzugehen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s n a h m e n

4713. 2020/111

SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Maria del Carmen Señorán (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 6. Dezember 2021):

Margrit Zopfi (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

4714. 2020/331**Weisung vom 09.07.2020:****Dienstabteilung Verkehr, Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV), Neuerlass**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

4715. 2021/344**Schriftliche Anfrage von Dr. Florian Blättler (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom 25.08.2021:****Kauf von Liegenschaften und Grundstücken von Personen im Pensionsalter durch Immobilienfirmen, Entwicklung solcher Verkäufe in den letzten 10 Jahren sowie Strategie zur Verhinderung von solchen Käufen durch Immobilienfirmen und zur Siedlungsentwicklung von Siedlungen mit Einfamilien- und kleinen Mehrfamilienhäusern**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1206 vom 26. November 2021).

4716. 2021/345**Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 25.08.2021:****Einführung von Tempo 30 in der Stadt, Beurteilung der Abweichung von der Verkehrsregelverordnung des Bundes, Absprachen mit den kantonalen Stellen und Stellungnahmen zu den Einwendungen des Regierungsrats sowie mögliche Auswirkungen auf die Rettungseinsätze und den öffentlichen Verkehr**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1209 vom 1. Dezember 2021).

4717. 2021/354**Schriftliche Anfrage von Natascha Wey (SP) und Ursula Näf (SP) vom 01.09.2021: Massnahmen zur Umsetzung der Istanbulkonvention im Schulbereich, Früherkennung von häuslicher Gewalt in den Schulen, Schulung der Lehr- und Betreuungspersonen, Massnahmen zur Prävention und Sensibilisierung sowie mögliche Lehrmittel für die Verwendung im Unterricht**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1182 vom 24. November 2021).

4718. 2021/355**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 01.09.2021:****Stadtraum Hardbrücke, Entwicklung der quartierbezogenen Nutzungen, Funktionen und Strukturierung des öffentlichen Raums, Neugestaltung des Bahnhofs und Planungschancen im Gerold-Areal sowie Überlegungen für die weitere Entwicklung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1208 vom 1. Dezember 2021).

4719. 2020/538**Weisung vom 04.12.2020:****Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung der Bauordnung «Nichtanrechenbarkeit an Wohnanteil» und Abschreibung zweier Motionen**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2021 ist am 29. November 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 15. Dezember 2021.

4720. 2020/539**Weisung vom 09.12.2020:****Elektrizitätswerk, Verordnung über die Steuerung der ewz-Gesellschaften, die erneuerbare Energie erzeugen, Neuerlass**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2021 ist am 29. November 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 15. Dezember 2021.

4721. 2021/136**Weisung vom 31.03.2021:****Liegenschaften Stadt Zürich, Areal Guggach, Quartier Unterstrass, Gewährung eines Baurechts für eine Wohnsiedlung, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2021 ist am 29. November 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 15. Dezember 2021.

4722. 2021/233**Weisung vom 02.06.2021:****Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung Ergänzungsplan Waldabstandslinien, «Kühweidweg», Zürich Wollishofen**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2021 ist am 29. November 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 15. Dezember 2021.

4723. 2020/477**Weisung vom 04.11.2020:****Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card), Bericht und Abschreibung, Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card**

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 4314/2021 (GR Nr. 2020/477) bezüglich Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken für die Realisierung von Vorbereitungsarbeiten zur

Einführung der Züri City-Card (Dispositivziffern 1–2), veröffentlicht im Städtischen Amtsblatt vom 8. September 2021, hat der Bund besorgter Bürgerinnen und Bürger das Volksreferendum ergriffen.

In Anwendung von § 127 in Verbindung mit §§ 143 und 158 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 beschlossen:

Das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 4314/2021 (GR Nr. 2020/477) betreffend Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken für die Realisierung von Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri City-Card (Dispositivziffern 1–2) ist zustande gekommen.

Nächste Sitzung: 8. Dezember 2021, 17 Uhr.